

Rедакция:
Вене, V., Гундщтадтерштрассе 89.

Abonnement-Preise:
Für Österreich-Ungarn mit seier
Postauslieferung:
Halbjährig 80 kr.
Vierteljährig 40 kr.
Für Deutschland:
Vierteljährig (unter Klwer) 70 kr. =
Mark 1.20.
Für das übrige Ausland:
Vierteljährig 58 kr. = 1 Fr. 25 Cent.
Einzelne Exemplare 6 kr.

"Die Zukunft" erscheint an jedem
2. und 4. Donnerstag im Monat.
Uebersiegte Abonnementen sind portofrei.

Die Zukunft

Zentralorgan
der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Administration u. Expedition:
Вене, V., Гундщтадтерштрассе 89.

Advertisings-Gebühr:
Für Anzeigen von Parteigenossen:
5 kr.
Für Anzeigen von Privatpersonen:
10 kr.
die dreimal gepulzte Postzelle oder
ihren Raum.

Wir erachten bei allen Gesendungen
sich der Postanweisungen zu bedienen.

Manuskripte
werden nicht zurückgegeben.

№ 35.

Wien, Donnerstag 10. März.

1881.

Parteigenossen! Vergeht der Familien der Inhaftirten nicht.

Abonnements-Einladung.

Mit 37 Nummer begann ein neues Quartal zum
Abonnement der Zeitschrift

Die Zukunft

Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Österreichs.

"Die Zukunft" erscheint monatlich zweimal, und
zwar an jedem 2. und 4. Donnerstag im Monat.

Das Abonnement beträgt für Österreich-Ungarn:

Halbjährig 80 Kr., vierteljährig 40 Kr.

Briefe und Geldsendungen sind
nur zu richten an A n d r. G r o s s e , 4. Bez.,
Hauptstraße 23, 1. St., alle auf die Redak-
tion, Administration und Expedition bezug-
habenden Zusendungen an die Redaktion der
"Zukunft", 5. Bez., Hundstürmerstraße 89,
1. Stock, Tür 14.

Die Herausgeber.

Zur internationalem Arbeitsgesetzgebung.

II.

Gewiss hat der Staat ein wichtiges Interesse daran,
dass die Gesundheit und die Sittlichkeit des Volkes nicht
untergraben und dadurch sowohl der Bestand des Staates
gefährdet, als die Autorität des Gesetzes erschüttert wer-
den. Weides geschieht aber unzweifelhaft durch die moderne
Fabrikarbeit; durch die Fabrikarbeit an und für sich,
insbesondere aber durch die Beschäftigung der Frauen
und Kinder in den Fabriken wird das Familienleben
zerstört und dessen Einfluss auf die sittliche Erziehung
der Kinder sehr gelegt. Wie sehr die Sittlichkeit von
dem Familienleben beeinflusst wird, beweist nicht allein
die tägliche Erfahrung und die Beweis, dafür sprechen
auch wissenschaftliche Erhebungen. Der Direktor der neuen-
burgischen Strafanstalt, Dr. Guillaume, hat konstatiert,
dass von den aus fünf schweizerischen Strafanstalten zu-
kommengestellten 1283 Gefangenen bloß der zwanzigste
Teil bis zum fünften Lebensjahr bei den Eltern gewesen
ist. Nach dem Bericht der Gefängnissozialisation von
New-York für 1865 waren dort unter 633 Gefangenen
343, also 54 Prozent elternlose Kinder. A. Cornd hebt
hervor, dass von 8006 (am 31. Dez. 1864) in Gewahrsam
befindlichen jungen Verbrechern in Frankreich 60
Prozent uneheliche oder elternlose Kinder waren.

Der Einfluss des Familienlebens auf die Sittlichkeit
der heranwachsenden Generationen ist ein zweifelsohne,
und da die Beschäftigung der Frauen und Kinder in den
Fabriken dasselbe zerstört, so ist es Pflicht des Staates,
der fortshreitenden Entstüttung des Volkes durch Gegen-
maßregeln Einhalt zu tun.

Aber nicht bloß durch die Beschäftigung von Frauen
und Kindern, sondern auch durch die übermäßig lange
Arbeitszeit wirkt die Fabrikarbeit demoralisierend; indem
sie den Körper des Arbeiters entnervt und durch die
Überanstrengung, die durch mangelhafte Ernährung noch
empfindlicher wird, zwingt, Fleißmittel zu sich zu nehmen,
die ihn arbeitsfähig erhalten, ruft sie Trunkucht und in
diesen Folge Sünderlichkeit hervor, die eine Menge
anderer Laster, oft selbst Verbrechen nach sich zieht. Eine
solche Ermäßigung der Arbeitszeit, die anmehrnd das
Gleichgewicht zwischen Ausgabe und Einnahme der
Muskelkraft herstellt, ist demnach nicht nur ein Bedürf-
nis des Arbeiters, sondern ebenso eine Forderung
des Staatsinteresses; da nun eine solche Ermäßigung
nicht durch freies Übereinkommen, sondern wie die Er-
fahrung erweist, nur durch staatliche Intervention durch-
geführt werden kann, so sind die Arbeiter gezwungen, an
die Gesetzgebung zu appellieren und einen Normalarbeits-
tag zu verlangen.

Die nachteiligen Einflüsse der Fabrikarbeit auf
die Gesundheit der Beschäftigten sind bekannt; je länger
die Arbeitszeit ist, desto füllbarer sind ihre Wirkungen.
Die wissenschaftliche Statistik spricht in dieser Hinsicht
eine unzweideutige Sprache.

In der österreichisch-ungarischen Monarchie befanden sich im Jahre 1870 unter 1000 Assenturen 293 Taugliche, 707 Untaugliche; von da an bemerkten wir ein steigendes Steigen der Zahl der Untauglichen, die im Jahre 1878 bereits 819 beträgt, und demzufolge ein Sinken der Tauglichkeitsziffer, die im Jahre 1878 schon auf 181 reduziert ist. Dass die enorme Zunahme der Untauglichen und Abnahme der Tauglichen dem Industrialismus zugeschrieben ist, geht daraus hervor, dass in der westlichen industriellen Reichshälfte die Zahl der Untauglichen größer ist, als in der östlichen, Ackerbau treibenden. Bis in die einzelnen Kronländer lässt sich sogar der Einfluss des Industrialismus verfolgen. Im Jahre 1878 als auf 1000 Untersuchte 181 Taugliche kamen, gäbe man in den Agrikulturländern folgende Verhältnisse: Kroatien und Slavonien 236, Oberösterreich 214, Steiermark und Gebiet 212, Niederösterreich 208, Tirol mit Vorarlberg 194, Dolomiten 190. Dagegen liefern die drei industriellen Länder, Schlesien, Böhmen und Mähren, nur 176, respektive 169 und 152 Taugliche von je 1000 Stellungspflichtigen.

In Frankreich musste das Maß der Körpergröße, welches als Bedingung der Militärschärfe gilt, von 1624 Centimeter im Jahre 1803 auf 1598, im Jahre 1818 auf 1576, im Jahre 1860 auf 1560 Centimeter herabgesetzt werden.

Die Degenerierung der Menschheit in Folge industrieller Arbeit ist also eine stetig fortschreitende dort, wo der Ausbeutung keine oder nur ungenügende gesetzliche Schranken gesetzt sind. Außer der übermäßig langen Arbeitszeit ist es auch die moderne Arbeitsteilung, welche den Körper ruinirt. Dadurch, dass der Körper zu einer lange ununterbrochen gleich bleibenden Stellung gezwungen ist, wie sie die in den Fabriken durchgesetzte Arbeitsteilung zur Folge hat, wird der selbe frühzeitig stief und krank. Einzelne Organe bleiben in der Entwicklung zurück, und rufen dadurch frühzeitige Erkrankungen hervor.

Noch schädlicher wirken natürlich solche Beschäftigungen, zu denen giftige Stoffe verwendet werden. Besonders die Arbeit schwangerer Frauen wirkt nachteilig, indem durch die Einatmung giftiger Stoffteile auch die Frucht im Mutterleibe vergiftet wird. So zitiert Hirt ein Beispiel, welchem zufolge in Fürlach, wo sich die bekannten Spiegelbelegereien befinden, von 100 Kindern, welche die Quecksilberarbeiterinnen geboren haben, 65 innerhalb des ersten Lebensjahres starben.

Unbestreitbar hat also der moderne Industrialismus die sittliche und körperliche Degenerierung des Volkes zur Folge, und da der Staat dadurch den größten Schaden erleidet, ist es seine Aufgabe, dogegen einzuschreiten. Es zeigt sich jedoch sobald er energisch diese Aufgabe in Anspruch nimmt, dass auch er daran scheitert, wenn er es nicht zu Wege bringt, auch die anderen Industriestaaten zu gleichen Bestimmungen zu bewegen. So gibt es manche Arbeiten mit Lust, die sich abschaffen lassen, ohne dass dadurch die Gesellschaft oder die Kultur eine wesentliche Einbuße erleidet. Allein kein einzelner Staat kann dieses Verbot durchsetzen, ohne dadurch die eigene Industrie zu schädigen und statt kleinen Arbeitern brockig zu bekommen; denn wenn die Konkurrenten ihren Bedarf im Inlande nicht decken können, beziehen sie ihn einfach vom Auslande. Wenn in einem Lande die Ausbeutung der Frauen und Kinder eine schrankenlose ist, während in dem angrenzenden Nachbarlände ein strenges Fabrikgesetz Schranken zieht, so ist es klar, dass bei sonst gleichen Bedingungen ersteres Land eine überlegene Konkurrenz bietet und die Produktion des letzteren Landes Schaden leiden muss. Diese Erfahrung hat insbesondere auch die preußisch-sächsische Industrie gegenüber der in den österreichischen Grenzprovinzen gemacht; dasselbe behaupten auch die schweizerischen Fabrikanten seit Bestand des Fabrikgesetzes.

Wenn nun selbst solche Maßregeln, die an sich ungünstig sind, die bestehenden schädlichen Einflüsse des Industrialismus zu beseitigen, die Konkurrenzfähigkeit eines Landes zu beeinträchtigen und dadurch den Stand der proletarischen Arbeiterschaft zu verschärfen vermögen, wie viel mehr müsste dies erst der Fall sein, wenn ein einzelner Staat darauf gehen würde, wirkliche gesetzliche Bestimmungen zu treffen.

Wir haben noch nicht erwähnt, dass die moderne Produktionsweise, wenn sie auf wirtschaftlicher Freiheit beruht, die Tendenz hat, beständige Überproduktion zu schaffen. Nur eine bedeutende Reduzierung der Arbeitszeit könnte einen Damm dagegen bilden; eine solche Reduzierung, wie sie jetzt z. B. in der Schweiz gesetzlich durch-

geföhrt ist, hat diese Wirkung nicht, da die geringere Arbeitszeit durch die größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter ersetzt wird. Eine bedeutendere Reduzierung der Arbeitszeit, in einem einzelnen Staat durchgeführt, würde aber unstreitig die Konkurrenzfähigkeit der Industrie desselben schädigen und dadurch den Vorteil, den sie sonst hätte, durch die Arbeitslosigkeit größerer Arbeitermassen wieder aufheben.

Überall, wo wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung eine wirkliche Verbesserung der Arbeiterlage erreichen können, müssen wir auf die Notwendigkeit einer internationalen Arbeitsgesetzgebung zurückkommen, ohne welche ein dauernder Fortschritt auf dieser Bahn nicht möglich ist.

Politische Übersicht.

Parlamentarisches. Dr. Josef Kopp interpellirte am 22. Februar im Abgeordnetenhaus den Leiter des Ministeriums des Innern, worum die durch einen Ausspruch des Reichsgerichtes als ungültig erklärt Ausweisung unserer Genossen Peter und Vogl aus Innsbruck noch nicht rückgängig gemacht worden sei. Der Vertreter der beiden Genossen, Dr. Wolf-Eppinger, richte nämlich schon am 27. Jänner an die Stadtalthei von Tirol eine Eingabe um Berücksichtigung der Ausweisungsdekrete, erhielt aber bis heute keine Antwort. —

In derselben Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde der Ausschuss zur Beratung der Wallersee antritt gewählt; in demselben befinden sich fünfzehn Mitglieder der Rechten und zwar sämtliche Mitglieder des Kreisratkomitees und neun Mitglieder der Linken. Der Ausschuss konstituierte sich sofort und wählte zum Obmann den Grafen Hohenwart.

Der Handelsminister legte im Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf, betreffend die Verstaatlichung der Wallersee, vor.

Am 4. März nahm das Abgeordnetenhaus eine Resolution an, welche die Regierung auffordert, die Gründung von Postsparkassen in Erwägung zu ziehen. Der Handelsminister teilte mit, dass diese Anlegenheit schon das Stadium der Erwägung hinter sich habe und dass dem Hause demnächst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde. Wie man vernimmt, beabsichtigt die Regierung Postsparkassen zu gründen, in welche Einlagen von einem Gulden aufwärts angenommen und mit drei Prozent verzinst werden. Die dadurch angesammelten Kapitalien sollen dazu verwendet werden, die Hypothekarschulden des Kleingrundbesitzes in solche mit nur vierprozentiger Verzinsung umzuwandeln. Die Verwaltung dieser Gelder soll unter Garantie des Staates der Länderbank übertragen werden. Die Postsparkassen an und für sich sind ein empfehlenswertes Institut; sie haben besonders in England, wo sie zuerst entstanden, große moralische Erfolge erzielt, indem sie den Arbeiter und kleinen Gewerbsmann Gelegenheit geben, seine geringen Ersparnisse einem sicheren Institute zu übergeben und sie jederzeit wieder zurückzuhalten. In England übernimmt jede Postanstalt solche Einlagen, und erleichtert dadurch die Ausübung des Sparinns, indem sie den Zeit- und Geldverlust reduziert, der sonst dadurch entsteht, dass Bewohner kleiner Ortschaften erst eine Reise in eine größere Stadt unternehmen müssen, wo sich eine Sparkasse befindet. Auch haben die heutigen Sparkassen für Arbeiter deshalb eine geringe Bedeutung, weil sie Einlagen nur von fünf Gulden an annehmen, während die englischen Postanstalten Einlagen von einem Penny an — etwa vier Kreuzern — annehmen. Finden also solche Postsparkassen — vorausgesetzt dass sie volle Sicherheit bieten, rationell verwaltet werden und auch die kleinsten Beträgen annehmen — einen bedeutsamen moralischen Einfluss ausüben, da sie den Sparinn bei den arbeitenden Klassen fördern und dadurch vielleicht auch der durch das Zahlenlotto erzeugten Spielvuit entgegenwirken, kann ihre Gründung auch von unserem Standpunkt aus gerechtfertigt werden. Wir müssen es jedoch bestreiten, dass dieselben eine volkswirtschaftliche Bedeutung in höherem Sinne haben; so lange die Einkünfte des Arbeiters unter der Herrschaft des Lohnsystems auf seinen Lebensunterhalt reduziert bleiben, kann die größtmögliche Erleichterung des Sparen nur einen vorübergehenden und auf die besser gestellten Arbeiter beschränkten Einfluss ausüben. Denn Sparen kann essbar mit bei, der mehr

einnimmt, als er zur Befriedigung seiner notwendigen Lebensbedürfnisse braucht. Da der Arbeiter im Durchschnitte jedoch eben nur so viel einnimmt, als er notwendig braucht, so kann er nur auf Kosten seiner Gesundheit und seiner Leistungsfähigkeit sparen. Dass ein derartiges Sparen nichts weniger als vernünftig und empfehlenswert ist, bedarf keines Beweises. Allerdings gibt es kurze Perioden steigender Produktion, in denen eine zeitweilige Steigerung der Löhne über das normale Niveau eintritt — es gibt auch einige mehr qualifizierte Arbeiten, die besser bezahlt werden — für diese Fälle haben Erleichterungen des Sparenden Wert, nicht aber für die Klasse der Arbeiter und nicht für normale oder gar reduzierte Löhne. Wir wollen weder, dass das Institut der Postsparkassen überschätzt, noch dass es unterschätzt werde; indem wir für eine gänzliche Befreiung des Arbeiters aus den Fesseln des Kapitals eintreten, vergessen wir nicht, die Arbeiter auch auf alle jene Vorteile aufmerksam zu machen, die schon innerhalb der gegenwärtigen Klassenherrschaft eine Verbesserung ihrer Lage anbahnen können. Jene liberalen Abgeordneten, die vom Standpunkt der bestehenden Sparkassen gegen die Postsparkassen sich wendeten, verteidigten ein rein kapitalistisches Interesse, aber dasselbe taten auch manche von denen, die für die Postsparkassen stimmten, weil sie sich Hoffnung machen, die in die Postsparkassen eingelagerten Gelder der armen Klassen werden wie in Belgien dazu verwendet werden, Bank- und Börsengeschäfte zu machen. Für solche Postsparkassen würden sich die Arbeiter bestens bedanken; wir wollen aber noch hoffen, dass die von den Blättern gebrachte Nachricht, die Regierung wolle die Gelder der Länderbank zur Verwaltung übergeben, unrichtig ist. Dr. Kronawetter sprach sich im Prinzip für die Postsparkassen aus, erklärte aber, dass er dagegen stimmen werde, da er zu dem jetzigen Klassenstaat kein Vertrauen habe und erwarten müsse, dass die Gelder der Arbeiter nur der Bourgeoisie zu Gute kommen. Nur einem demokratisch organisierten Staat könnte er ein solches Institut bewilligen.

Am 25. Februar hat das Abgeordnetenhaus den Antrag Bierbacher's auf Herabsetzung der achtköpfigen Schulplikt in zweiter und dritter Abstimmung angenommen. Dabei gab es einen grossen Skandal, der den Namen eines parlamentarischen wol nicht verdient. Der Abgeordnete Bierbacher sagte nämlich u. a. wörtlich folgendes: „Man hat eine Parallele gezogen, der Herr Abgeordneter Dr. Promber nämlich, mit dem Wucher- und Trunkenheitsgesetz, welche durch die achtköpfige Schulpflicht entbehrlich werden sollten. Ich hätte geglaubt, zur Ehre des Schulgesetzes sei das gesagt, dass man dieses mit dem Wucher- und Trunkenheitsgesetz nicht in eine Parallele stellen sollte. Aber, wenn man auch diese Parallele sich bieten lassen muss, so möchte ich doch den Herrn Abgeordneten fragen: Wo ist denn die achtköpfige Schulpflicht mehr durchgeführt, als in der Residenzstadt Wien? Und hat der Herr Abgeordnete noch nie hier gesehen, wenn er zu den Linien gegangen ist, welche Wirkungen trock achtjähriger Schulpflicht der „allerhöchste Heurige“ macht? Und glaubt denn der Herr Abgeordnete nicht, dass gerade die Wucherer die besten Rechner sind?“ — Diese Stelle der Rede Bierbachers fassten die Deutschliberalen als eine Beleidigung Wiens auf — oder sie taten wenigstens so — Wiesenbauer erklärte dieselbe als „gewisslos, an Verleumdung grenzend“, und Dr. Herbst provozierte einen grossen Skandal, als der Präsident dem Abgeordneten Wiesenbauer wegen obiger Ausserung den Ordnungsstraf erteilte. Dr. Bierbacher erklärte zwar nachträglich, dass diese Aussöhnung auf einem „Wiederständnis“ beruhe und dass er durchaus keine Beleidigung der Wiener Bevölkerung beabsichtigt habe; allein die Wiener liberale Presse stellte sich dem Herren Dr. Herbst an, und brachte leidenschaftlich gehaltene Artikel gegen Bierbacher. Am 26. Februar machten Studenten der Wiener Hochschulen vor der Wohnung Bierbachers, der jedoch schon nach Salzburg abgereist war, eine Razzienmusik, in Folge deren vierzehn Studenten arrestiert und am zweiten Tage der Haft ans Landesgericht eingeliefert wurden, aus welchem sie jedoch am 1. März bereits entlassen wurden sind. Wir messen zwar weder dieser Razzienmusik, noch den während der Inhaftierung der Studenten stattgefundenen Ansammlungen der Studirenden irgend welche höhere Bedeutung bei, aber als karakteristisch für die in liberalen Kreisen herrschenden Rechtsanschauungen können immerhin einige dabei ins Auge fallende Umstände gelten. Gewiss wird Niemand bei kaltem Blute im Stande sein, in der eben im Vorlaufe wiedergegebenen Ausserung Bierbachers eine Beleidigung der anständigen Bevölkerung Wiens zu entdecken; sie ist eben nicht anderes als eine Erwiderung auf die Behauptung Promber's, der ein Trunkenheitsgesetz durch die achtjährige Schulpflicht überflüssig machen will. Und lengen lässt sich wol nicht, dass dem „Heurigen“ in Wien und den Vororten in einem Maße gehuldigt wird, das mit den Ansprüchen an Intelligenz und Bildung nicht sehr harmoniert. Wir glauben auch nicht zu irren, wenn wir behaupten, dass das größte Kontingent zu den Verehren des „allerhöchsten Heurigen“ jene Leute stellen, die nach Herrn Aspasia das Privilegium der politischen Freizeit besitzen.

Ächterlich und eine wirkliche Beleidigung der Wiener aber ist es, die Konstatirung dieser immerhin traurigen Tatsache als einen Angriff auf die Wiener Bevölkerung überhaupt aufzufassen. Wir können auch nicht glauben, dass jene Wiener Journalisten, die aus dieser Affaire eine Ehrensache Wiens machen, damit ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben haben, sondern wir müssen, so sehr wir das im Interesse der Journalistik bedauern, offen erklären, dass wir der Ansicht sind, man habe damit bloß die Wiener Bevölkerung missbrauchen und für die dunklen Zwecke der deutschliberalen Klüge verwenden wollen.

Zum Glück ist dieser Versuch gescheitert — die

arbeitende Bevölkerung Wiens hat Besseres zu tun, als sich für den „allerhöchsten Heurigen“ zu schlagen und die Märklämpfer des Jahres 1848 könnten nur mit Verachtung auf Leute blicken, welche die heilige Erinnerung an jene Tage auf solche Weise in den Kot ziehen. Nur der nationale Fanatismus war im Stande, eine Anzahl Studenten zu derartigen ebenso ziellosen als unbegründeten Demonstrationen zu verleiten.

Was an und für sich nach dem Ausdruck des Rektors der Wiener Universität, Professor Lorenz, eine „Dummheit“ war, das hat die Ungeschicklichkeit der Wiener Polizeiorgane mit einem gewissen Märtireschein versehen; statt die Demonstrationen — die doch nur ein harmloses Spiel großer Kinder waren — zu ignorieren, und dadurch den Demonstranten Gelegenheit zu geben, sich zu überzeugen, dass das Volk gleichgültig ihrem Treiben zuschaut, was das beste Abschlagsmittel für die nationalen Heißsporne gewesen wäre, schritt die Polizei mit einer Gewalttätigkeit ein, die stark nach russischem Fischen roch. Aus einem Kinderspiel machte man schließlich eine Staatsaffäre, indem man die Demonstranten — nämlich diejenigen, die man ermischt hatte — in das Landesgericht schickte, um ihnen einen hochpotenziellen Prozess an den Hals zu setzen. Und trotz dieser Anstrengungen war das Ende Null — höchstens dass noch eine Verhandlung wegen geringfügiger Übertretungen stattfindet. Wozu war dieser Alarm, wozu das massenhafte polizeiliche Aufgebot? Furchtet man sich denn gar so sehr, wenn sich Leute ohne Nationalitätsschein auf der Straße versammeln?

Graf Taaffe sagte zu der Studentendeputation, die sich bei ihm über das Vorgehen der Polizei beschwerte: „In einem konstitutionellen Staat darf keine Protektion herrschen“. Er wollte damit ausdrücken, dass Studenten keine andere Behandlung nach dem Gesetze beanspruchen können, als Arbeiter. Wir halten diese Buretheisung für verdient; wie oft wurden nicht Arbeiter in Österreich wegen geringfügiger Anlässe verhaftet, und obwohl sie politische „Verbrecher“ waren, brutal behandelt, ohne dass die liberale Wiener Presse ein Wort der Entrüstung sandt. Seht aber, weil Leute „aus den besten Gründen“, wie sich die liberalen Blätter ausdrücken, verhaftet wurden, regnete es Artikel voll der sittlichsten Entrüstung über die Barbarei unserer Behörden. Abgeordnete, Professoren, Deputationen setzten sich in Bewegung, um die Behörden zu veranlassen, ungerechtlich zu handeln. Denn um die Behörden zu bitten, das Gesetz anzuwenden, sind die Herren doch nicht zum Polizeipräsidenten, zum Landesgerichtspräsidenten und zum Ministerpräsidenten gegangen? Was wir aber aus den Zeitungen über die Verhandlung der Studenten erfahren haben, hat uns nur gefehlt, dass die Herren nicht als Sozialisten betrachtet wurden — denn sonst würden sie eine andere Behandlung erfahren haben, welche, brauchen wir wol nicht zu sagen. Unter den vierzehn Inhaftierten, die die Ehre Wiens durch eine Razzienmusik erhöhen wollten, befanden sich merkwürdiger Weise nur drei Wiener — sehr soudarbar fürwahr!

Am 5. März wurde die akademische Feierhalle an der Wiener Universität durch ein Stathalterei-dekret für aufgelöst erklärt. Aulach dazu war das vorher von der Polizei untersagte Liedes: „Deutsche Worte hört ich wieder“ beim Lessingkommers.

Die niederösterreichische Handels- und Gewerbe-kammer hat für den Monat März eine Enquete über die neue Gewerbeordnung angeordnet, zu der sowohl Korporationen der Arbeitgeber als der Arbeiter eingeladen werden sollen. Hauptächlich werden Fragen gestellt über das Genossenschaftswesen, die Haftpflicht und die Hilfsklassen. — Der Gewerbeverein in Brüssel, aus „Liberalen“ bestehend, hat in einer Resolution über die Gewerbeordnung ausgesprochen: „Er protestiert feierlich dagegen, dass die „wolerworbenen“ Rechte des gewerblichen Steuerzahlers zur Heilung sozialistischer Schäden geopfert werden sollen und spricht sich entschieden gegen die aus der Regierungsvorlage erfährlische Verquälting der Arbeiterinteressen mit denen der selbstständigen Gewerbetreibenden aus.“

Nachdem die Statuten des oberösterreichischen Bauernvereins nochmals zurückgewiesen und ein drittes Mal mit den verlangten Änderungen eingereicht worden waren, sind dieselben endlich genehmigt worden; am 19. März findet die konstituierende Versammlung in Linz statt. — Am 20. März wird ein niederösterreichischer Bauertag in Wien stattfinden.

Genosse Leo Frankel, Redakteur der „Arbeiter-Wochenschrift“ wurde am 3. März von dem Schwurgerichte in Budapest wegen Veröffentlichung eines Artikels: „Druck erzeugt Gegendruck“, in welchem auch ein in Deutschland massenhaft verbreiteter Aufruf „An die Brüder in der Fabrik“ abgedruckt war, schuldig gesprochen und zu 18 Monaten Staatsgefängnis und 600 fl. Geldstrafe nebst Ersatz der Prozesskosten verurteilt. Leo Frankel meldete dagegen die Richterbeschwerde an und bleibt gegen Bürgerschaft zweier Wiener Bürger vorläufig auf freiem Fuß. — Die in Preßburg erscheinende Zeitschrift für Sozialökonomie, der „Zeitgeist“, wurde auf Beschluss der Staatsanwaltschaft eingestellt, weil dieselbe angeblich politische Artikel veröffentlichte.

Bismarck setzt seine Tätigkeit als Revolutionär wider Willen mit steigendem Eifer fort. Als neuerlich der ehemalige preussische Finanzminister Carl Philipp zu gegen die jegliche Bismarck'sche Steuerpolitik im Abgeordnetenhaus des preussischen Landtages eine Rede hielt, erwiderte ihm der Reichskanzler mit einer Flut von Beschimpfungen, in der er Camphausen für alle Sünden der Siebziger-Jahre verantwortlich mache, ihm

Ignoranz usw. vorwarf. Nicht lange darnach zwang er den bisherigen preussischen Minister des Innern, Grafen Gulemburg, den Verfasser des Sozialistengesetzes, durch eine Insulte im Herrenhause zur Demission. Bismarck hat offenbar noch zu wenig Feinde. — In den deutschen Reichstag wurde ein Regierungsbereich über die Handhabung des Sozialistengesetzes übergeben, in welchem die Reichsregierung zugestellt, dass trotz des drakonischen Gesetzes die sozialistische Bewegung zunimmt. Wir kommen auf diesen Bericht in der nächsten Nummer zurück.

Die Auswanderung aus dem deutschen Reiche nach überseeischen Ländern aus deutschen Häfen und via Antwerpen betrug im Jahre 1880 noch amtlicher Feststellung 106.191 Personen, darunter 63.778 männliche. Von diesen gingen allein nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 103.116 Personen; die übrigen gingen nach Britisch-Nordamerika, Brasilien usw. Das Jahr 1880 gehört danach zu denen mit starker Auswanderung und wird im letzten Jahrzehnt nur vom Jahre 1872 übertroffen. Die Zahlen der in den letzten zehn Jahren Ausgewanderten betrugen nämlich: 1871 75.912, 1872 125.650, 1873 103.638, 1874 45.112, 1875 30.773, 1876 28.368, 1877 21.904, 1878 24.210, 1879 33.327, 1880 106.191 — also in zehn Jahren 595.092 Personen. Auch in diesem Jahre dürfte die Auswanderung wieder eine sehr starke werden; es geht dies wenigstens aus den Berichten, die aus den verschiedensten Gegenenden des Reiches einlaufen, sowie auch daraus hervor, dass im Monate Januar allein via Hamburg circa 2500 Personen auswanderten. Die Gründe für die starke Auswanderung sind naheliegende: traurige Erwerbsverhältnisse, Steuerdruck, Militärdienst. Dabei ist aber wol zu berücksichtigen, dass alle diese Auswanderer wenigstens noch etwas besitzen, was beim verloren geht, ganz abgesehen davon, dass die Personen mit ihrer Arbeitskraft die Konkurrenz der Welt mit der alten Welt verstärken.

Am 27. Februar fand in Paris zur Feier des 80. Geburtstages Victor Hugo's eine grosse Demonstration statt; der drei Stunden dauernde Zug der Deputationen, welche zu Zahl 100.000 Menschen.

In Saint-Denis wurde bei der jüngst stattgefundenen Ergänzungswahl in der Arbeiterkammer statt des bisherigen Deputirten Léon Leli, der wegen Teilnahme am Kommuneaufstand zu lebenslanger Deportation verurteilt und annektierte Roquess gewählt.

Die Zwangsbill für Irland wurde vom Unter- und Oberhause angenommen und von der Königin sanktionirt. Die revolutionäre Bewegung in Irland tritt aber ebenfalls bereits in immer greifbareren Formen an's Tageslicht. Maurice, Gerichtsregisterator zu Ballintubber in Irland, wurde am 1. März auf offener Strafe ermordet. Der Mörder entwischte — berichtet der Telegraph ganz lakonisch. Am 28. Februar nachts wurden auf Scott, Großkönnetable von Thirlwall, während er im Bett lag, fünf Schüsse durch das Fenster abgefeuert, dieselben trafen aber nicht. Der Bondagent des Mr. de Montmorency wurde ebenfalls erschossen. Der König von Irland erließ eine Proklamation, nach welcher neue Grafschaften unter die Bestimmungen der Zwangsbill gestellt werden. Der englische Kriegsminister hat ein Armee-reformgesetz im Parlamente eingebracht, aus dem als wichtigste Bestimmung die Abschaffung der körperlichen Büchting zu erwähnen ist.

Am 28. Februar haben die Engländer neuerdings eine Riedertage durch die Boers in Südafrika erläutert. Verstärkungen sind dorthin abgegangen; gleichzeitig sind aber auch Verhandlungen mit den Boers wegen eines Friedensschlusses eingeleitet worden. Nachdem der gegenwärtige englische Premierminister seinerzeit entschieden sich gegen die Unionion des Vorlandes ausgesprochen hat, dürfen diese Verhandlungen wol auf eine Unabhängigkeitserklärung der Boers hinauslaufen.

Aus Parteikreisen.

Genosse Andreas Vogelgruber wurde die Rückkehr nach Wien bis auf Widerruf gestattet.

Leoben. Der in letzter Nummer erwähnte Demokrat Wissial von Knittelhof, der infolge Einschreitens der Arbeiter in Knittelhof entlassen wurde, und in Belfort Arbeit fand, wurde auch in letzterem Ort entlassen, nachdem die Arbeiter erklärt hatten, dass sie mit ihm zusammen nicht arbeiten. Auf der Wegreise von Belfort wusste er auf Verlangen der Mitreisenden das Eisenbahn-Schappe verlassen als dieselben erfuhrten, wer dieser Mensch sei.

Aus Böslon wird uns mitgeteilt, dass dem Schuhmachergehilfen Friedrich Rydel von seinem Meister Herrn Franz Schinner streng verboten wurde, unser Organ „Die Zukunft“ zu lesen. Und da derselbe sich Nummer 34 an seine Adresse senden ließ, so musste er das Blatt sofort im Auftrage seines Meisters vernichten. Wir glauben, nichts hinzuzufügen zu müssen, um diesen Herrn „Meister“ der Lächerlichkeit preiszugeben.

Munburg. Die Leiter der „Zukunft“ werben glauben, dass hier der Himmel voller Geigen hängt, denn lange Zeit haben wir nichts von uns hören lassen; denn ist aber nicht so. Es war hier unlängst ein Turnierball, wobei die grässliche Frau des Herrn Julius Pfeifer, wie auch einige Mädchen aus dessen Fabrik erschienen waren. Die grässliche Frau hatte dabei nicht ihre ganze Robe ausgezogen, wahrscheinlich weil auch für sie die Seiten so schlecht sind oder will sie den Arbeitern mit guten Beispiel voran gehen, dass man sparen muss, wenn man Fabriken und Paläste bauen will? Einige Mädchen aber

haben dies nicht verstanden und halten sich über ihren Stand getragen, so daß die gnädige Frau dadurch verdunkelt wurde (anbei muß ich bemerken, daß von den Arbeitern keiner eine geschen hatte, welche weniger anspruchslos hätte erscheinen können) und so etwas sollte sich die gnädige Fabrikbesitzer-Frau gefallen lassen? Stein und abermals nein! Das muß gerächt werden. Und wirklich, als der nächste Hultag kam, erhielt jedes Mädchen um 50 fr. weniger Lohn, nebst Abrechnung aller Feiertage. Doch unter solchen Umständen die Anhänger des Sozialismus nicht weniger werden, brauche ich wohl nicht erst zu sagen, obwohl man von der großen Masse heute nichts anderes hört als: „Nieder mit den Fabriken, nieber mit den Maschinen“, als wenn den Arbeitern damit geholfen wäre, abgesessen von der trostlosen Lage, welche dadurch heraus beschworen würde, da die Hälfte der Erzeugnisse, welche heute die Menschheit konsumirt, nicht ohne Blutthee geliefert werden können. Gezeigt den Fall, die Arbeiter wären so einsältig und schlugen alles zusammen, wie sie sich ausdrücken, keine fünf Jahre würden vergehen und wir stünden gerade so wie heute, wenn nicht schlimmer; denn jeder, welcher halbwegs ein Kapitol besäße, dächte, nun wäre die Zeit wieder gekommen, (da man alles vernichtet hat) wo sich etwas machen ließe. Also Arbeiter, ihr seht damit ist es nicht; um Not und Elend aus der Welt zu schaffen, müssen andere Mittel angewendet werden und diese lehrt allein der Sozialismus. Alles andere ist lauter Zauber.

Mehrere Arbeiter

Teplitz. Schon lange ist nichts von der Teplitzer Arbeiterbevölkerung in die Öffentlichkeit gedrungen und es werden somit viele denken, daß es gut und friedlich in den Mauern unserer Stadt zugeht, doch ist es dem nicht so; die Arbeiter haben dieselbe Notlage wie wo anders, und ist besonders der Kleingewerbende nicht mehr im Stande, dem Drucke des Großkapitals zu widerstehen, massenhaft die Reihen des Proletariats füllend, in daß sie hinabstürzen.

Wer halbwegs ein Beobachter ist, wird sehen, daß hunderte bleiche und abgemagerte Gestalten im Laufe des Tages die Straßen durchheilen und was suchen sie? Arbeit! Finden sie auch das viel Ersehnte? Mein ist die Antwort auf diese Frage, denn als Beweis dessen, sieht man dieselben Personen trauriger und trostloser denselben Weg zurückkehren, den sie vorhin genommen haben, denn nur Wenigen ist das Glück beschieden, Arbeit zu finden. Was tun die Männer und Weiber, die keine Arbeit gefunden haben? Sie gehen hungrig nach Hause, wo sie mit den Kindern in einem elenden Dachzimmers oder in einem Kellerzimmer wohnen, um das letzte Notwendige, in das Verschammt zu tragen, um für den Erlöß Brod zu kaufen, damit die Kinder für den Augenblick dem Hungertode entrissen, nicht ahnend, daß sie den andern Tag, aller Existenzmittel beraubt, in ihre Heimatsgemeinde wandern müssen. — O, ihr Armen, wann wird Euch der Frühling blühen? —

Ist es aber auch ein Glück Arbeit zu finden? Nein und tausend Mal nein! Um jeden Lohn müssen die Bedauernswerten Arbeit annehmen, die ihnen geboten wird. Der Lohn ist so niedrig, daß sie nicht im Stande sind, bei harter Arbeit das Notwendigste für sich und ihre Familie zu beschaffen; die Folgen davon sind, daß sie durch Nebearbeiten und Darben frühzeitig in das Brach sinken: die Kinder sind Mäusen geworden!

Gibt es denn keinen Weg aus diesem Jammerland? Habt Ihr Euch noch nicht diese Frage vorgelegt? Lernet denken, dann werdet Ihr finden, woran die Schuld liegt und wie diesen Uebelstande abzuheben ist. Aus diesem Grunde müßt Ihr Euch vereinten, Männer der Arbeit, und nach Wissen streben, die Gelegenheit ist da — es ist in Teplitz ein Arbeiter-Bildungsverein, der den Zweck hat, seine Mitglieder in geistiger Beziehung auszubilden. Tretet daher dem Vereine bei und helft den edlen Zweck mit zu erfüllen, damit Ihr Euch selbst erkennt, lernet, daß Wissen Macht ist und Macht zum Siege führt.

Euch Arbeitsmännern, die Ihr geistig schon vorgeschritten seid, will ich ein ernstes Wort zu rufen, haltet fest zusammen, legt jede persönliche Reiberei und jedes Vorurteil bei Seite, belehrt Eure Mitarbeiter, lasst Euch nicht durch Drohungen einschüchtern, verachtet jene Leute, die Euch schmeicheln und Euer Vertrauen missbrauchen, denn das Faule im Stamme muß ausgerottet werden, wenn der Baum groß und stark werden soll.

Joseph Mitchell

Böslau, 7. Februar. (Ausdrücke eines gebildeten „Seeljorgers“.) Man sollte nicht glauben, daß in einem so „vielstudierten“ Kopf eines Seeljorgers Gedanken Platz wären könnten, welche ihn zu so gemeinen Ausdrücken führen. —

Am 6. d. M. ging ein Arbeiter zu dem Böselauer Seelsorger und meldete für Nachmittag eine Taufe seines Kindes an. Der Pfarrer fragte um den Namen und schrieb ihn ein, ferner fragte er den Arbeiter ob er verheiratet sei, welches der Befragte verneinte. Darauf schrie ihn der "hochwürdige Herr" an: "Schaun's, daß Sie weiter kommen". Als sich der Arbeiter ohne Widerrede entfernte, schrie er ihm noch nach: "Schämen Sie sich nicht, Sie Saurier". — Also, solcher Ausdrücke beweist sich eine Person, welche sich für berufen hält, die Lächstenliebe zu predigen. (Wir können nur unsere Bewunderung ausdrücken, daß der Arbeiter diese Insulte so ruhig hinnahm. Die Ned.)

Wien. Montag den 14. Feb. fand in Fünfhh., Turbergasse 9, eine freie Versammlung der Angehörigen der Genossenschaft der Weber statt. Die Tagesordnung bildeeten zwei Punkte: 1. Genossenschaftsangelegenheiten, 2. Regierungsvorlage einer neuen Gewerbeordnung. Bei Behandlung des zweiten Punktes wurden zwei Resolutionen eingereicht, die erstere vom Referenten war für das Abgeordnetenhaus bestimmt, die Gegneresolution ist

diejenige, welche bei der Versammlung beim Hobel angenommen wurde. Bei der Abstimmung ist erstere gegen drei Stimmen angenommen worden.

Aus dem Vereinsleben.

Wien, Sonntag den 16. Jänner 1. J. stand im Gasthause
des Herrn Wagner, Kumpendorferstrasse, die zweite diesjährige
Generalversammlung des Fortbildung- und Krankenunterstützungs-
vereins der Färber Wiens statt. Vorsitzender: Jakob Robes,
Schriftführer: A. Greiner. — 1. Geschäftliche Mitteilungen:
Greiner gibt bekannt, daß die Einnahmen der Krankenfasse sich
auf fl. 893.56., die Ausgaben auf fl. 421.92. belieben, daher der
Kassenstand Ende Dezember fl. 747.67. betrug. Die Einnahmen der
Fortbildungsfasse waren fl. 91.89., die Ausgaben fl. 43.71., Kassen-
stand Ende Dezember fl. 48.18. Nachdem vorstehender Ausweis
von der Kontrolle bestätigt wurde er von der Versammlung an-
genommen. — 2. Neuwahl des Ausschusses: Jakob Robes, Ohmann,
Johann Virilli, erster, Josef Kaiman, zweiter Ohmann-Stellver-
treter, Karl Pitsch, erster, Józef Iltumodofsz, zweiter Schrift-
führer, Willibald Leitgeb, Leopold Rumhartner, Albert Domonik,
Peter Kreimler, Franz Hammel und Anton Ball, Auskunftsmit-
glieder; Moritz Rieder, Ludwig Haidis und Alois Greiner, Kontrolle.
3. Vereins- und Arbeitsergebnissen: Robes sagt, daß Mitte
Februar eine chemische Versuchsklasse ins Leben treten wird, er-
örtert die Vorteile, welche dadurch besonders den jüngeren Färbern
entwickelt und empfiehlt dieselbe, damit sieb zartreich besucht wird.
Schenk und Virilli schließen sich den Ausführungen des Vorredners
an, und betont namentlich Letzterer, daß die Gehilfen in dem das-
maligen Fachverein es waren, welche zuerst nur eine decartige
Berufsschule einrichteten und bei nahe 10 Jahre brauchten die
Prinzipale um einzutreten, daß es auch für sie nützlich sei, wenn
sie tischlich gesetzte Arbeiter haben. — Nachdem noch einige
Redner für die Beteiligung gebeten, wird der Antrag Dräger's
Schluß der Debatte angenommen. — 4. Anträge und Interpellationen: Böhm als Ausschusserreferent beantragt, von heute an die
Einzahlung von 12 kr. per Woche und die Auszahlung von 6 fl.
Krankengeld. — Nachdem der Antrag von Robes und Schenk
unterstellt wird, wurde er mit Einstimmigkeit angenommen. — Der Antrag Virilli's, 500 fl. als Reservefond liegen zu lassen,
wird angenommen. Der Antrag Nommier's: Färber, welche das
50. Lebensjahr überschritten haben, in den Verein aufzunehmen,
wird wegen vorgedruckter Stunde bis zur nächsten Generalversammlung
veragt. — Robes dankt dem abgehenden Ausschuß für
seine Mühe und erhält den neuen, seine Blücht zu tun.

Berlin. Der allgemeine Arbeiter-Bildungsverein hielt Sonntag den 16. Jänner seine Generalversammlung ab. Nach Verleihung des Protokolls der letzten Generalversammlung vom 25. Juli 1880 berichtet Herr W. Wagner für die Finanzsektion über Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Vereinsjahrs, monatlich ein Kassenstand von 19 J. 32 Kr. verbleibt; sodann berichtet Herr V. Kunze für die Unterrichtssektion: Unterricht in englischer Sprache wurde von Herrn Prof. Kopfahl erteilt, der Sängerbund wirkte bei fünf öffentlichen Produktionen mit, das Sängerarchiv besitzt 300 Werke, die Bibliothek 300 Bände (in diesem Halbjahr wurde dieselbe um 27 Bände, teils gekauft, teils gespendet, vermehrt). — Nach erfolgter Berichterstattung wurde die Ergänzungssatzung des Ausschusses vorgenommen. Gewählt wurden: Th. Indro, Obmann, Wagner, Obmann-Stellvertreter, Ant. Koreus, Kassier; Stellvertreter: Ausschusssmitglieder: G. Prokop, E. Dünckel, Altb. Seelzel, F. Löw, Ed. Schleiner, A. Schramel, M. Schäffer, Anton Bechma, Leaton und A. Reichow; Revisoren: A. Bechma, A. Schramel und J. Jellinek.

Digitized by srujanika@gmail.com

Römerstadt. Am 23. Januar wurde im Saale des beim Herrn Dr. Karl Hees gehörigen Gasthauses in Römerstadt die weite Hauptversammlung der allgemeinen Arbeiter-Kräfte- und Invalidenklasse abgehalten. — Die Versammlung wurde nachmittags 3 Uhr von Hermann Wanke eröffnet; nach Publikation des Versammlungsprotolls vom 18. Juli 1880 durch Job. Sauer pricht der Vorsitzende über den ersten Punkt der Tagesordnung: und zu Anfang der Arbeitserörterungen in Altmünzen. — Lebten den zweiten Punkt, Wochenschaftsbericht, referirt Wilhelm Strauch als Rechnungsführer, der Vorsitzende in Vertretung des Kassiers und Robert Blaschke nöt das Revisionskomitee. — Beim dritten Punkt, Wahl des Obmannes und des Ausschusses, wurden folgende Personen ins Scrutinium gewählt: Florian Kneisel, Adolf Negritschler, Adolf Michener, Josef Zilge, Josef Dittich und Anton Siebert. — Die Wahl des Ausschusses und der Funktionäre ergab folgendes Resultat: Hermann Wanke, Obmann, Gustav Roß, Obmanns-Schreiber, Johann Spitzer, erster und Anton Siebert, zweiter Schreiber, Adolf Negritschler, Kassier und Wilhelm Strauch, Rechnungsführer; Edmund Schmidt, Franz Hermann, Moritz Kittel, Paul Kübermann, Franz Frank, Josef Schmid, Anton Dittich, Josef Lammann, Robert Dreher, Robert Blaschke, Adolf Negritschler, Daniel Fröbel. — Beim vierten Punkt wurden folgende Personen zu Bevollmächtigten gewählt: Alois Behacet, Alexander Sahoncs, Ludwig Klein, Heinrich Ehrenfest. — Hierauf stellt Rob. Blaschke einen Antrag, es möge beschlossen werden, dass für einen Dienstherrn gefügte Mitteilungsbüchel im Hülle derselbe den Dienst verlässt, um einen folgenden Dienstboten zu übertragen. Dieser Antrag wird als entgegen den Bestimmungen der Statuten abgelehnt und da keine weiteren Enttäugige gestellt werden, so wird die Versammlung, für welche Begründungsschreiben von Röderthal, Jägerndorf und Wien eingelangt waren, vom Vorsitzenden geschlossen. — Abends fand Heilunterhaltung im selben Lokale statt, wovon die von Herrn Wanke erhaltenen Feiertrede mit Beifall aufgenommen wurde, wobei der selbe zugleich mitteilte, dass das noch disponible Kleinerzärgnis am Freitag dem Unterstüzungsinstitut zugeführt werde. Die Unterhaltung war eine omniwärts und da zur Abwechslung Kompleis, Lieber und Centerstücke vorgezogen, sowie bei Klavierbegleitung gespielt wurde, so sah das Fest erst nach Mitternacht sein Ende.

Kindberg. Sonntag den 23. Jänner fand hier im halb 5 Uhr Abends die ordentliche halbjährige Generalversammlung des hiesigen Arbeiter-Bildungsvereins statt, und zwar mit folgender Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des verflossenen Halbjahres. 2. Wahl des Präsidiums und des Ausschusses. 3. Vortrag über Zweck und Nutzen der Vereine und 4. Anträge und Interpellationen. — Obmann Ederer eröffnet die Versammlung mit der Verlesung der Tagesordnung und gibt bekannt, daß Herr And. Prinzipal, Gemeindelosamissär, als Vertreter der Regierung hier anwesend sei und fordert den Kassier Schidinger auf, Rechenschaft abzulegen. Derselbe berichtet über 85 fl. 68 kr. Einnahmen und 69 fl. 9 kr. Ausgaben und meldet zugleich einen Haushaltstand von 15 fl. 89 kr. Die Revisoren J. Wurmbrand und A. Schulz bestätigten den Bericht für richtig. — Nun folgten die Berichte der verschiedenen Sektionen, wovon die bei der Monatsversammlung am 12. Dezember neugeführte Festsiektion nennenswert ist, welche schon schönen Fortschritte macht und bereits Resultate ihrer Leistungen zu verzeichnen hat. Dieselbe besteht aus 8 Mitgliedern und hat ihre eigenen Funktionen, welche unter dem Kommando des Vereinsausschusses stehen. Mitglieder der Festsiektion sind: Johann Ederer, Obmann; Franz Pfaff

singer, Kassier; Pet. Hofer, Schriftführer und J. Wurmbrand, J. Schulz, F. Namslögler, F. Balle. — Nun wurde zum 2. Punkt geschritten und es ergab die Wahl folgendes Resultat: Johann Ederer, Obmann; Franz Weissinger, dessen Stellvertreter; Ferdinand Nitsche, Kassier; Johann Tauter, dessen Stellvertreter; Karl Michael I. und Peter Hofer II. Schriftführer. Bei Auschüsse: Karl Schmidinger, Karl Raninger, Franz Ritter, Franz Namslögler, Gotthard Nitsche, Lukas Slubly. Als Ersthör Männer: Karl Geyer und Josef Heinrich. Nach Schluß des 2. Punktes ergreift der gewählte Obmann Ederer und Ferd. Nitsche zum 3. Punkt das Wort und legten in sehr gediegener Rede den Zweck und Nutzen der Arbeitervereine dar. Nun wurde noch zum 4. Punkt geschritten, zu welchem mehrere Anträge gestellt und angenommen wurden, welche meist den betreffenden Sektionen zur Ausarbeitung zugewiesen wurden. Die Neumal der Sektionen, mit Auschluß der Festsektion, welche auf ein Jahr gewählt wurde, findet bei der nächsten Versammlung statt. Nun folgte noch eine kurze, jedoch gut gesetzte Agitation an die Mitglieder, sowie an sämtliche Arbeiter durch den Obmann, worauf die Versammlung, welche eine gute Stimmung unter den Mitgliedern hervorgerufen, durch den Obmann um $\frac{1}{4}$ 7 Uhr geschlossen wurde.

Stato, Sanität, Am 8. Februar 1981, Seite 8

Schr. Samstag den 8. Januar 1881 hielt der allgem. Arbeiter-Verein für Steyr und Umgebung seine ganzjährige Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses und der Sektionen. 2. Neuwahl des Ausschusses und der Funktionäre. 3. Anträge und Interpellationen. Zum 1. Punkt berichtet der Vorsitzende Obmann Bögerl über die Tätigkeit des Ausschusses. Finanzsituation: Einnahmen im Laufe des Jahres 1880: 273 fl. 84 kr., Ausgaben 246 fl. 48 kr., somit verbleibt ein Kassastand von 27 fl. 36 kr. Eintrittsbelehrung: Gegenwärtiger Mitgliederstand beträgt 4 Ehren-, 17 unterstützende und 25 aktive Mitglieder. Unterrichtssktion: Im verflossenen Jahre wurden abgehalten: 90 Unterrichte im Schön- und Rechtsschreiben, Geometrie, Rechnen, deutscher Sprache und Gesang. Weiters 6 Vorträge und Vorlesungen. Die Kontrollsektion bringt zur Kenntnis, daß die ganze Vereinsgebühr in Richtigkeit ist. Punkt 2: Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: Bögerl, Obmann; Berlornig und Wessing, Stellvertreter; Schwerak und Handl, Schriftführer; Watzek, Kassier; Perko, Rechnungsführer; Dman und Hartmann, Bibliothekare; Füllinger, Sopouch, Krieter, Boeck, Zelber, Duschek, Lebhart und Rittinger, Ausschüsse. Kontrollsektion: Pacovský, Schachelschner und Muer. Zum letzten Punkt: Anträge und Anfragen wurde beschlossen, daß die Meiseunterstützung per 50 kr. an durchreisende Mitglieder eines Vereines gleicher Tendenz bei Genossen Franz Bögerl, Berggasse 20, verabschiedet wird.

Aus diesem Berichte ist zu erschließen, daß im Verhältnisse der hier beschäftigten Arbeitertarif der Mitgliederstand des Vereines ein sehr geringer ist und diese Teilnahme-losigkeit zumeist den hiesigen wirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen zuzuschreiben, da die Arbeitzeit fast durchgehends eine 12stündige und das sogenannte nach Feierabend arbeiten noch sehr gebräuchlich ist. Aber dennoch Arbeiter von Steyr! Erinnert Euch, kommt zur Erkenntnis Eurer Klassenlage und schließt Euch dem Vereine an, denn nur durch die Vereinigung können Ihre Lage verbessern. Zugleich fordern wir die dem Vereine treu gebliebenen Gewissen auf, ratslos auf den betretenen Wege vorwärts zu schreiten und sich durch feinerlei Verfolgungen und Maßregelungen abschrecken zu lassen. Arbeiter! halteet an den Worten treu: „Bildung macht frei! Einigkeit stark!“

Leibach. Sonntag den 23. Jänner hielt der hiesige Arbeiter-Bildungsverein seine, ganzjährige Generalversammlung ab. — Der erste Punkt bildete die Verleseung des Protokolls und Referate der Schiönen. Kassier berichtet über I. 156,79 Einnahmen, über II. 134,53 $\frac{1}{2}$, Ausgaben, bleibt Saldo II. 22,25 $\frac{1}{2}$. Der Bibliotekar berichtet über 150 Bände und Broschüren. — Die Wahl ergab folgendes Resultat: Ferdinand Tuma, Obmann, Max Sertl, beider Stellvertreter, Karl Lefante, Schriftführer, Viktor Hönggemanu, Kofler, Michael Leber, Rednungsschriftler, Kuman und Bürklein, Ausschusmitglieder. Nach der Wahl sprach der Obmann dem abtretenden Ausschuss für seine wirkungsvolle Tätigkeit im vergessenen Vereinsjahr seinen Dank aus. — Die Grossen Stern und Tuma munitionten die Mitglieder auf, sie mögen nach ihren Kräften trachten, das Vereinsleben noch viel reger zu gestalten.
Karl Lefante, Schriftführer.

Wo die Bürstengegoltenen?

Die menschenunwürdigen Verhältnisse in der Weberbranche nötigen mich, vor der Herausgeberschaft unseres Zentralorgans „Die Zukunft“ zurückzutreten; meine Pflichten über, der „Zukunft“ in jeder Beziehung nützlich zu sein, werde ich zu jeder Zeit erfüllen.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Joseph Höglberg.

Einführung.

Kloribbörft, 8. März.

Geehrter Genosse!
Eruche freundlichst um Aufnahme folgender Zeilen:
Zudem seit längerer Zeit sehr viele Unzufriedenheiten
der Post vorkommen, so kann ich es nicht unterlassen,
folgende Anfrage auf diesem Wege zu tun, um zur Über-
zeugung zu gelangen, ob nicht in dem angeführten Falle
etwas Schlechtes vorgehe.

Im Oktober v. J. abonnierte ich mich auf das in Budapest erscheinende Arbeiterblatt "Der Wegweiser" und erhielt durch das ganze Quartal aufstatt 13 nur 6 Nummern. Da ich selbes Blatt unter Kreuzband bezog, so dachte ich mir, daß selbes von der Post aufstatt dem Adressaten, der Polizei abgeliefert werde, welche Tatsache schon oft genug vorgekommen ist; auf meine Rücksichtnahme erhielt ich ebenfalls keinen Bescheid.

